

An die Vorsitzende
des Hauptausschusses
Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Köln**

Rathaus, Spanischer Bau
50667 Köln

fon 0221. 221 259 50

fax 0221. 221 246 57

mail fraktion@koelnsdpd.de

web www.koelnsdpd.de

Eingang beim Büro der Oberbürgermeisterin: 09.01.2019

AN/0009/2019

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Hauptausschuss	14.01.2019

Autonomes Zentrum an der Luxemburger Str. 93

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

am 31.12.2018 ist der Nutzungsvertrag mit dem Autonomen Zentrum über das Objekt an der Luxemburger Str. 93 abgelaufen. Teil der ursprünglichen Vereinbarung war, dass die Stadt geeignete Ausweichstandorte identifiziert und hierzu Anfang 2018 mit dem AZ in den Dialog tritt, damit mit Ablauf des o.g. Nutzungsvertrags das Objekt an der Luxemburger Straße wieder an die Stadt übergeben wird. Zwischenzeitlich war der Presseberichterstattung zu entnehmen, dass die Stadt den Vertrag mit dem AZ über den 31.12.2018 hinaus am Standort Luxemburger Str. verlängert habe.

Vor diesem Hintergrund bittet die SPD-Fraktion um Beantwortung folgender Fragen:

1. Ist es richtig, dass die Stadt den Nutzungsvertrag mit dem Autonomen Zentrum (AZ) bis Ende 2019 verlängert hat? Falls ja, wer hat das entschieden und zu welchen Konditionen?
2. Was sind die Gründe dafür? Konnte für 2018 keine Lösung für die Standortfrage gefunden werden? Warum nicht?
Oder hat die Verwaltung neue Erkenntnisse gewonnen, die für Verhandlungen mit dem AZ in 2019 eine neue Verhandlungsoption bieten? Wenn ja, welche sind das?
Wie will die Verwaltung weiter vorgehen?
3. Was passiert, wenn weiterhin keine Einigung - diesmal bis zum 31.12.2019 - erreicht werden kann? Wie sieht die Planung in zeitlicher Hinsicht aus? Welche Maßnahmen gedenkt die Verwaltung bis wann umzusetzen?
4. Warum hat die Verwaltung vor bzw. im Nachgang zu der Entscheidung über die Verlängerung nicht die politischen Gremien einbezogen, oder zumindest informiert?
Wann sind die nächsten Gespräche mit dem AZ geplant? Wie wird die Verwaltung die Politik über die wesentlichen Entwicklungen informieren?

Die Verwaltung wird gebeten die Beantwortung auch dem Ausschuss Umwelt und Grün, dem StEA, dem Liegenschaftsausschuss sowie dem AVR in ihrer nächsten Sitzung zur Verfügung zu stellen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin